



Verbände fordern bessere Integration behinderter Kinder an Regelschulen

Appell: „Eine Schule für alle!“

Drei Verbände fordern von der künftigen Landesregierung eine bessere Integration von behinderten Kindern in Regelschulen. Ein „echtes Wahlrecht“ für Eltern betroffener Kinder soll realisiert werden.

Der Verein Miteinander Leben Lernen (MLL), der Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland des Sozialverband Deutschland und die Landesvereinigung Selbsthilfe appellieren an die künftige Landesregierung, Lernbedingungen und Zugangsmöglichkeiten für behinderte Kinder an Regelschulen grundlegend zu verbessern. Dafür müsse die Integrationsverordnung des Landes geändert werden, forderten die Verbände in einem gemeinsamen Gespräch. MLL-Geschäftsführerin Ilse Blug, der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD, Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland, Heiner Boegler, und Dorothee Morguet-Kries von der Landesvereinigung Selbsthilfe verlangten im Gespräch, den „Haushaltsvorbehalt“ in der Verordnung zu streichen, da dieser der UN-Behindertenrechtskonvention widerspreche. Dieser sieht vor, dass behinderte Kinder eine Regelschule nur dann besuchen dürfen, wenn die sachlichen, baulichen,

räumlichen und personellen Voraussetzungen dafür vorliegen. Ob dem so ist, hänge bisher oft davon ab, ob genug Geld zur Verfügung stehe, monierten die Verbände. Die öffentliche Hand müsse daher dazu verpflichtet werden, diese Voraussetzungen zu schaffen. Der Konvention zufolge seien alle „verfügbaren“ finanziellen Mittel des Staates hierfür einzusetzen, sagte die Erziehungswissenschaftlerin Irmtraud Schnell, selbst MLL-Vorstandsmitglied.

Darüber hinaus muss nach Ansicht der drei Verbände festgeschrieben werden, dass die Unterrichtung behinderter Kinder in Regelschulen „Vorrang“ vor dem Besuch von Förderschulen habe. Bisher sei das Gegenteil der Fall. Und schließlich müsse es ein „echtes Wahlrecht“ der Eltern behinderter Kinder hinsichtlich des Schulbesuches geben. Dazu müssten zum Beispiel weit mehr Sonderpädagogen an Regelschulen tätig werden als bisher. Es dürfe zudem nicht vom Wohlwollen einzelner

Lehrer an der Regelschule abhängen, ob ein behindertes Kind aufgenommen wird. Alle Lehrer müssten in Zukunft eine sonderpädagogische Zusatzausbildung erhalten.

Das Vetorecht der Schulaufsichtsbehörde gegen den Besuch einer Regelschule müsse gestrichen werden. Nötig seien zugleich konkrete Zielvorgaben der Landesregierung für die Anhebung der Integrationsquote, also des Anteils behinderter Kinder, die an einer Förderschule unterrichtet werden. Heiner Boegler appellierte an die künftige Regierung, sofort nach Amtsantritt einen Runden Tisch mit Sozial- und Behindertenverbänden einzubekufen, um eine „Schule für alle“ zu konzipieren. Boegler hielt der Saar-Regierung vor, im Gegensatz zu Bremen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Berlin und Hamburg seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention nichts unternommen zu haben, um diese mit Leben zu erfüllen.

Eine Weihnachtsfabel

Die Tiere diskutierten einmal über Weihnachten. Sie stritten, was wohl die Hauptsache an Weihnachten sei. „Na klar, Gänsebraten“, sagte der Fuchs, „was wäre Weihnachten ohne Gänsebraten!“

„Schnee“, sagte der Eisbär, „viel Schnee!“ Und er schwärmte verzückt: „Weiße Weihnachten!“

Das Reh sagte: „Ich brauche aber einen Tannenbaum, sonst kann ich nicht Weihnachten feiern.“ „Aber nicht so viele Kerzen“, heulte die Eule, „schön schummrig und gemütlich muss es sein. Stimmung ist

die Hauptsache.“ „Aber mein neues Kleid muss man sehen“, sagte der Pfau, „Wenn ich kein neues Kleid kriege, ist für mich kein Weihnachten.“ „Und Schmuck!“ krächzte die Elster, „Jedes Weihnachtsfest kriege ich was: einen Ring, ein Armband, eine Brosche oder eine Kette. Das ist für mich das Allerschönste an Weihnachten.“ „Na, aber bitte, den Stollen nicht vergessen“, brummte der Bär, „das ist doch die Hauptsache. Wenn es den nicht gibt und all die süßen Sachen, verzichte ich auf Weihnachten.“

„Mach's wie ich“, sagte der Dachs, „pennen, pennen, pennen, das ist das Wahre! Weihnachten heißt für mich: Mal richtig pennen!“ „Und saufen“, ergänzte der Ochse, „mal richtig einen saufen und dann pennen“ – aber dann schrie er „Aua“, denn der Esel hatte ihm einen gewaltigen Tritt versetzt: „Du Ochse, denkst du denn nicht an das Kind?“ Da senkte der Ochse beschämt den Kopf und sagte: „Das Kind, ja, das Kind, das ist doch die Hauptsache.“ „Übrigens“, fragte er dann den Esel, „wissen das die Menschen eigentlich?“

Wolfgang Gütlein erneut für sechs Jahre zum Landesbehindertenbeauftragten berufen

Zwischen Behörden und Betroffenen

Die Landesregierung hat Wolfgang Gütlein auf Grundlage des Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetzes erneut für die Dauer von sechs Jahren zum Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung berufen.

Als Bindeglied zwischen Ministerien, Behörden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Betroffenen bezeichnet Sozialstaatssekretär Wolfgang Schild die Arbeit des Landesbehindertenbeauftragten. Seiner Tätigkeit hat die Landesregierung im Jahr 2003 durch das Saarländische Behindertengleichstellungsgesetz eine rechtliche Grundlage gegeben. Die Arbeit des Landesbehindertenbeauftragten sei darauf ausgerichtet, so Staatssekretär Schild, Menschen, die behindert oder von Behinderung bedroht sind, ein möglichst selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen, sie auch gesellschaftlich zu integrieren und insbesondere Ausgrenzungen zu verhindern. Dazu gehöre der Abbau von Vorur-



Wolfgang Gütlein

teilen ebenso wie der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur. „In den letzten 22 Jahren gingen von Wolfgang Gütlein wichtige Impulse, Initiativen und Aktionen für die Verbesserung der Situation behinderter Menschen aus“, so Staats-

sekretär Schild. So hat Wolfgang Gütlein nicht nur Einfluss auf die Erstellung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und auf die Novellierung der Landesbauordnung in dieser Zeit genommen, sondern auch an der Erstellung der Landesbehindertenpläne der jeweiligen Legislaturperioden mitgewirkt und zum barrierefreien Ausbau des ÖPNV, zum Beispiel der Saarbahn, beigetragen. Insbesondere ist aufgrund der geografischen Lage des Saarlandes die Chance genutzt worden, viele grenzüberschreitende Initiativen durchzuführen. Durch zielgerechte Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung gelungen.

Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde des SoVD,



das Jahr 2009 war in mancherlei Hinsicht ein besonders ereignisreiches – ein Jahr, das vor allem im Zeichen der Wahlen stand. Die Ergebnisse von acht Kommunalwahlen, vier Landtagswahlen (in Brandenburg, im Saarland, in Sachsen und in Thüringen), einer Europawahl, einer Bundespräsidentenwahl und der Bundestagswahl werden für die Menschen in unserem Land Veränderungen von zum Teil großer Tragweite mit sich bringen.

Schon in der Vergangenheit bedeuteten die sogenannten Reformen der sozialen Sicherungssysteme für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Rentnerinnen und Rentner und für die Empfängerinnen und Empfänger sozialer Hilfeleistungen oftmals wenig Erleichterung. In aller Regel zogen die Änderungen vielmehr weitere Einschnitte und Mehrbelastungen für die Betroffenen nach sich. So wurden etwa in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung Risiken zunehmend einseitig zulasten der Versicherten privatisiert. Gerade in Zeiten der Krise sind die sozialen Sicherungssysteme jedoch von existenzieller Bedeutung. In den Plänen von Teilen der neuen Regierung zur Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung oder dem geplanten Kapitalstock in der Pflegeversicherung, an dem der Arbeitgeber nicht mehr beteiligt ist, zeichnet sich nun der Anfang vom Ende einer paritätischen Finanzierung ab.

Diese Entwicklung und andere Schritte, die zu einem weiteren Abbau in den sozialen Sicherungssystemen führen, werden wir nicht tatenlos hinnehmen. Als einflussreicher Interessenvertreter für soziale Gerechtigkeit und eine solidarisch ausgerichtete Gesellschaft werden wir uns weiterhin stark machen für die Rechte benachteiligter und schwächer gestellter Bürgerinnen und Bürger! Dies gilt für die werktätige Generation wie für die Älteren und im gleichen Maße auch für die Kinder in unserem Land, die in erschreckender Weise und immer stärker von Armut betroffen sind. Wir sind für jeden Einzelnen da – vor Ort, im Verbandsleben unserer Gemeinschaft und mit Rat und Tat in sozialrechtlichen Angelegenheiten. Niemand soll in unserer starken Gemeinschaft allein bleiben.

Dass wir Hilfe bieten und den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit bis in die Ebenen der politischen Entscheidungsträger transportieren können, kommt nicht von ungefähr. Die Stärke unserer Gemeinschaft beruht vor allem auf dem unermüdlichen Einsatz der ehrenamtlichen und hauptamtlichen SoVD-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für dieses beispielhafte Engagement möchte ich meinen Dank aussprechen. Ebenso möchte ich allen Mitgliedern danken für ihr Vertrauen und ihre oftmals langjährige Zugehörigkeit zum Verband.

Ihnen allen wünsche ich im Namen des Landesvorstandes des SoVD Rheinland-Pfalz/Saarland ein frohes Weihnachtsfest und einen guten und gesunden Start ins Jahr 2010!

Ihr Landesvorsitzender
Richard Dörzapf

Geschäftsstellen über die Feiertage geschlossen

Die Landesgeschäftsstelle in **Kaiserslautern** bleibt vom 24.12.2009 bis einschließlich 3.1.2010 geschlossen.

Die Geschäftsstelle in **Koblenz** bleibt vom 21.12.2009 bis einschließlich 3.1.2010 geschlossen.

Die Geschäftsstelle in **Ludwigshafen** bleibt vom 24.12.2009 bis einschließlich 3.1.2010 geschlossen.

Anschließend sind wir wieder wie gewohnt für Sie erreichbar.

Allen eine schöne Weihnacht und ein frohes neues Jahr!